

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

540 (12.12.1924) Morgenausgabe

schreitend, nach Wagaduga gehen. Das riesige Projekt ist angeblich bereits gesichert und die B.-M.-Gesellschaft soll mit der Festlegung der Trasse beschäftigt sein.

So wendet Frankreich seine geringfügigen produktiven Kräfte an ein Unternehmen, in dessen riesigen Ausmaßen sie — um so sicherer, je rascher sich Afrika entwickelt — wie Tropfen auf heißen Felsen sich verlieren werden. — Unbewußt seiner Mitverantwortlichkeit für die Reindhaltung der europäischen Rassen- und Kulturgemeinschaft legt es Ehre und Selbstehre an seinen physischen Nachkommen, bis ihm diese Mächte, die es nicht verdauen kann, über den Kopf wachsen werden. Ungehört bleibt die von einem nambhaften Postkitter ausgesprochene Warnung: Wir wollen Afrika französisieren, aber eines Tages wird Frankreich afrikanisiert sein!

Gegen die Unterdrückung der deutschen Studentenschaft in Prag.

II. Dresden, 11. Dez. (Drahtbericht.) In der hiesigen Technischen Hochschule kam es heute zu einer m a c h t v o l l e n Kundgebung für die unterdrückte Prager Studentenschaft. Vor überfülltem Saale berichtete der vom Hochschulring deutscher Art nach Ausführenden Vertreter über die dortigen Vorgänge, unter denen besonders die Sudetendeutschen stark zu leiden haben. Professor Dr. med. Kehn erwähnte die reichsdeutschen Kommissionen in eindringlichen Worten, sich ständig die Not unserer deutschen Stammesbrüder in Böhmen vor Augen zu halten und alles zu tun, um sie in ihrem schweren Kampfe um ihr Deutschtum zu unterstützen. Danach wurde nach tosendem Beifall folgende Entschliessung

angenommen: „Die heute zu einer spontanen Kundgebung vereinigten Dresdener Studenten geben ihrer Empörung über die Unterdrückung der deutschen Studentenschaft in Prag Ausdruck. Sie fordern die sofortige Einsetzung einer Kommission, die die dortigen Verhältnisse untersuchen und im Interesse der Landesverteidigung Maßnahmen ergreifen.“

III. Berlin, 11. Dez. (Drahtbericht.) Wie die „Berliner Morgenpost“ erzählt, werden die Juchendbeter den neuen Schicksalsspruch ablehnen, unter besonderem Hinweis darauf, daß die Möglichkeit für eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise gegeben sei.

Die Vorböten der Revolution.

Der Januarstreik der Munitions- und Werkzeugarbeiter.

* Magdeburg, 11. Dez. (Eigener Drahtbericht.) Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch den Landgerichtsdirektor Weber wurde zunächst

das Protokoll über die Vernehmung des Reichspräsidenten verlesen. Strig sagte nach dem gestern ausgenommenen Protokoll aus: Ich war anfangs 1918 in den Argowerten beschäftigt, war schwererwundet und dauernd garnitionsdienstfähig. Ich war rekrutiert, bin auch zu der Streikerversammlung im Treptower Park hingegangen, und zwar geschlossen mit Arbeitskollegen. Als ich zu der Versammlung kam, sprach noch ein Redner. Bald nach meinem Eintreffen ergreift der damalige Abgeordnete Ebert das Wort. Ich hatte ihn damals noch nicht von Angesicht gesehen, es war uns gesagt worden, und zwar von den Kollegen, mit denen ich zur Versammlung ging, daß der Abgeordnete Ebert sprechen werde. Ich habe später Bilder von ihm gesehen und auch heute, wo ich ihn zum zweitenmale persönlich wiedersehe, kann ich mit Bestimmtheit sagen, er war der erste Redner in der Versammlung. Der Redner stand auf der Bühnung am oberen Rand derselben, links und rechts und hinter ihm standen auch Personen. Ich stand etwa dreißig Meter von ihm entfernt. Es ist dann jemand hinaufgegangen und hat ihm einen Zettel übergeben. Was auf dem Zettel stand, weiß ich nicht, ich habe den Zettel nicht gesehen, ich weiß auch nicht, wer den Zettel heraufgereicht hat. Der Abgeordnete Ebert las den Zettel, beendete den Satz und sagte mit derselben Stimme, mit der er vorher gesprochen hatte:

„Streik kann nur den Krieg verkürzen. Wer einen Gestellungsbescheid bekommt, soll ihm nicht Folge leisten!“

Die wurden dafür sorgen, daß die Gestellungsbescheide zurückgenommen würden. Ich habe bei meiner gestrigen Vernehmung dieses letzte vergessen mit anzugeben. Ich interessierte mich damals nur dafür, was mit den Reklamierten geschähe, ebenso wie auch viele meiner Arbeitskollegen sich für diese Frage interessierten. Somit weiß ich von der Rede des Abgeordneten Ebert nur noch, daß er ertit wichtige Fragen berührte und dann auf politische Übergänge überging. Wenn der Vorkall mit dem Zettel während der Rede, ob er zu Anfang, in der Mitte oder zum Schluss der Rede passierte, weiß ich nicht mehr. Wir hatten schon unterwegs, als wir geschlossen zur Versammlung gingen, und auch am Versammlungsort selbst, als der Redner schon angefangen hatte, uns darüber unterhalten, was er wohl in dieser Frage der Reklamierten, die uns ja allein besonders interessiert, sagen würde und ob er davon noch selbst anfangen würde.

Auf die Frage des Nebenklägers Ebert, ob er, der Nebenkläger, den Zettel gesehen habe und eine Brille aufgehoben habe, erklärte der Zeuge Strig: Es war ein kleiner Zettel. Der Redner hatte ihn gesehen, wobei er ihn, meiner Erinnerung nach, mit der linken Hand angenommen hatte, ihn beim Lesen in der linken Hand behielt und mit der rechten Hand Bewegungen machte. Ob der Redner eine Brille auf hatte, weiß ich nicht. Am Samstag bekam ich dann den Gestellungsbescheid, nachdem ich mich am Montag stellen mußte. Orisel ist in dieser Versammlung in Treptow auch gewesen. Ich habe durch den Marzer Koch, an den ich durch Frau Walz gekommen war, gehört, daß ich als Zeuge für den Prozeß in Frage käme. Es lag mir daran, daß ich als Zeuge nicht allein sei. Orisel arbeitete auf dem Anhalter Güterbahnhof und ich mußte, um zu ihm zu kommen, den Arbeiter Saaje, hinzuziehen. Ich tat es aber auch, um einen Zeugen zu haben. Ich habe nun im November, jedenfalls vor dem Totensitz, dem Orisel in Gegenwart von Saaje folgende Fragen vorgelegt:

Ob er sich noch auf die Versammlung im Treptower Park erinnere. Er antwortete: Ja. Dann fragte ich weiter, ob Herr Ebert aufgefordert habe zum Streik. Auch darauf sagte er: ja. Weiter fragte ich ihn, ob er auch gehört habe, wer Gestellungsbescheid bekomme, solle ihm nicht nachkommen. Er antwortete: ja. Ich sagte ihm noch, ich würde wohl als Zeuge auftreten müssen und er müsse sich gefaßt machen, daß er auch Zeuge sein müsse und daß es hart auf hart gehe.

Hierzu erklärte der

Nebenkläger, Präsident Ebert, als Zeuge:

Als ich bei meiner Vernehmung am 24. November 1924 nach dem Vorgang über den Zettel gefragt worden bin, war ich auf eine solche Frage nicht vorbereitet. Die Frage war auch allgemein gehalten und es ist in Versammlungen häufig vorgekommen, daß dem Redner Zettel heraufgereicht wurden. Deshalb habe ich eine allgemeine Antwort gegeben. Nachdem nun heute der Zeuge Strig in meiner Gegenwart den angeblichen Vorkall mit dem Zettel eingehend geschildert hat, kann ich mit aller Bestimmtheit nach meiner Erinnerung sagen, daß ich den angeblichen Vorgang vollkommen für unmöglich halte. Was die behauptete Vernehmung in meiner Rede angeht, wie sie der Zeuge dargestellt hat, so erkläre ich, daß es ausgeschlossen ist, daß ich diese Vernehmung getan habe. Ich war nie der Ansicht, daß Streiks den Krieg verkürzen können, und habe nie einem Menschen gesagt, er solle einem Gestellungsbescheid nicht folgen, geschweige denn öffentlich dazu aufgefordert, denn ich hätte mich mit einer solchen Vernehmung in Widerspruch gesetzt mit meiner Stellung zum Kriege vor und nach dem Streik. Ich erinnere mich bestimmt, daß in einer Sitzung des Vorstandes der S.P.D. in jener Zeit die von anderer Seite aufgeworfene Frage der Befolgung der Gestellungsbescheide erörtert wurde. Dabei waren wir einmütig der Meinung, daß dem Bestreben, Gestellungsbescheide nicht zu befolgen, falls es aufträte, entschieden entgegen zu wirken sei. Ich erinnere mich auch bestimmt, daß ich von dieser Auffassung der Parteileitung dem damaligen Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Bauer, Mitteilung gemacht habe. Bauer erklärte mir, daß er mit mir darin übereinstimme. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ich in meiner Rede in irgendeinem Zusammenhang gesagt habe, wenn Straßgestellungsbescheide ergehen würden, dann wolle ich meine Partei bemühen, daß sie rückgängig gemacht werden. Hierzu erklärt der Zeuge Strig: Auch nachdem ich das gehört habe, habe ich bei meiner Aussage. — Vorsitzender: Der Zeuge Strig stand unter Eid, er braucht also nicht noch einmal vertheidigt zu werden. Trotzdem habe ich ihn noch einmal die Richtigkeit seiner Angaben verifizieren lassen. — Generalstaatsanwalt: Ich stelle den Antrag, den Orisel und den Güterbeamten Saaje zu laden. Die Verteidigung schloß sich diesem Antrag an.

Das Gericht beschloß, Orisel und den Sekretär Saaje vom Anhalter Bahnhof zum Freitag vormittag zu laden.

Rechtsanwalt Martin: Es ist uns bekannt, daß die Treptower Versammlung vor der Sabotageabwählstelle der Riegerabteilung beobachtet worden ist. Die damals tätigen Beamten Müller, Heises und der Polizeirat Röber werden bekunden, daß die Vernehmung geschehen ist, man solle Gestellungsbescheide keine Folge leisten. Ich bitte, diese Zeugen sofort zu laden. Es ist gestern von Herrn Reichspräsidenten gesagt worden, er sei auf die Frage, ob man sich helfen müsse, nicht vorbereitet gewesen. Ich bedauere, daß nicht das Gericht an der ersten Vernehmung teilgenommen hat. Damals habe ich die

Frage schon genau formuliert. Sie ist von mir vorgelegt worden, und nach langem Hin und Her ist sie dann auch dem Nebenkläger vorgelegt worden. — Vorsitzender: Ich kann dazu erklären, daß Rechtsanwalt Martin den Wunsch äußerte, mit seinem Mitverteidiger sprechen zu dürfen. Das geschah, und die Frage wurde dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegt. Es befiel dem Bedenten, ob die Frage zu beantworten sei. Ich war der Ansicht, daß sie beantwortet werden müsse, was dann auch geschah.

Darauf wurde der Abg. Dittmann nochmals kurz vernommen, der sagte: Ich entsinne mich, daß Ebert maßvoll und ruhig gesprochen und daß er gesagt hat, er und seine Freunde wollten für das Versammlungsrecht der Arbeiter Sorge tragen. Wesslich — ich erinnere mich nicht — hat er auch gesagt, daß er und seine Freunde auch dafür sorgen würden, daß die Strafverfolgung zurückgenommen werde. — Das Gericht stellt die Vernehmung der von der Verteidigung genannten drei Zeugen noch aus. — Dann verlas der Vorsitzende ein Schreiben des ehemaligen Vorsitzenden des Arbeiterrates

Richard Müller,

der erklärte: Ich war Vorsitzender der Streikleitung, der auch Herr Ebert angehörte. Wenn Dr. Landsberg sich auf mein Buch bezüglich der Mitteilung Eberts bezieht, muß ich das zurückweisen. Herr Ebert hat an fünf Sitzungen der Streikleitung teilgenommen und nicht gegen den Streik gesprochen. Wäre schon damals passiert, was im November 1918 eintrat, hätte sich Herr Ebert auch damals an die Spitze der Bewegung gestellt. — Rechtsanwalt Heine: Ich beantrage die Vernehmung Richard Müllers. — Rechtsanwalt Heine: Ich widerspreche, denn objektive Feststellungen kann dieser Mann nicht machen. Es ist der Mann, der erklärte, „nur über meine Rechte geht der Weg zur Nationalversammlung“, und er lebt heute noch. — Rechtsanwalt Martin: Ich bitte, Richard Müller zu laden. Der bekunden soll, daß Herr Ebert ihm unter vier Augen gesagt hat, daß der Streik notwendig sei, um den Krieg klein zu bringen. Ich bitte ferner um die Ladung des Herrn Malchow aus Berlin. Die Beschlußfassung bleibt vorbehalten. Zum Dienstag sind geladen worden: 1. Richard Müller, 2. Malchow, 3. Ehardt. Hierauf wurde der Zeuge Strig vom Vorsitzenden dahin befehlet, daß seine heutige Aussage unter Eid erfolgt sei. — Dann wurde Militärinspektor a. D. Richnow aus Kiel vernommen, ob

der Streik der Kiefer Werftarbeiter

im Zusammenhang mit einem Beschluß der Parteileitung der SPD. zu bringen sei. Der Zeuge konnte jedoch keine weiteren Ausführungen machen, sondern erklärte, daß er nach Beendigung des Streiks nur einmal von Arbeitern gehört habe, daß der Streik auf Veranlassung von Berlin entstanden sei. Ob dabei der Name Ebert gefallen sei, der ihm bis dahin vollkommen unbekannt gewesen war, vermag der Zeuge nicht mehr anzugeben. — Rechtsanwalt Bindewald: Ist durch den Streik auch das Minenjuchens lahmgemacht worden? — Zeuge: Natürlich! Wir konnten doch die Klöße nicht mehr bedienen. — Bindewald: Sind durch die Vernachlässigung des Minenjuchens Menschenleben verloren gegangen? — Zeuge: Soweit ich weiß, nicht. Der folgende Zeuge, Kapitän a. D. Weersmann, der ehemalige Chef der Kaiserlichen Werftzentrale in Kiel, erklärte, daß am ersten Tage von den 17 000 Werftarbeitern nur 4000, am zweiten 7000 gestreikt hätten. Die Zahl der Ausländigen sei dann nicht mehr gestiegen. „Ich habe die Ueberzeugung, erklärte der Zeuge, daß es sich um einen politischen Streik handelte, bei dem materielle Forderungen nur vorgeschoben worden waren. Die Nachteile für die Seeriegelsführung aus diesem Streik lagen darin,

daß U-Boote und Torpedoboote nicht mehr zu den festgesetzten Terminen fertiggestellt werden konnten,

und zwar verzögerten sich die Reparaturen nicht nur um drei oder vier Tage, sondern weit länger, da der Betrieb nach dem Streik nicht mehr so schnell in Gang kam. Man hätte zudem den Eindruck, daß die Bewegung unter der Ägide weiter glomme und die Arbeitslust stark gelitten hätte. Das Minenjuchens „Kaiserin“, das z. B. bei uns auf der Werft lag, konnte nicht fertiggestellt werden, da aus allen Helforten zu viel Leute fehlten. Man muß bedenken, daß wir damals Kurs vor der großen Offensiv standen, und durch die Verzögerung der Reparaturen und Neubauten traten die denkbar größten Schwierigkeiten ein.

Hierauf erfolgte die

Vernehmung des Kapitänsleutnant a. D. Freiherr v. Fortner, jetzt Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Darmstadt. Der Zeuge war während des Streiks erster Offizier der „Königsberg“. Vorsitzender: Sie sollen mit Arbeitern über den Streik gesprochen haben. Zeuge: Das ist der Fall gewesen, da wir Arbeiter zum Beistehen der „Königsberg“ brachten. Die Arbeiter sagten mir, es hätte schon eine Welle zumut, aber jetzt seien sie auch in Streik getreten, da die Parteileitung in Berlin in die Generalstreikleitung gegangen wäre. Die Hauptschäden trafen die U-Boote und Torpedoboote. Wir hätten von den in Bau gegebenen großen U-Bootstrossen im Oktober 1918 mindestens 18 Stück herausgebracht, wenn diese Revolution nicht gekommen wäre und wir hätten dann den Krieg in alle Weltgegenden tragen können. Durch den Streik sind wir um viele Wochen zurückgemerkelt worden, und so sind unsere Erfolge zum Teil zu nichte gemacht worden. Auch die Vorpostenboote und die Minenjuchboote sind durch die langen Reparaturen sehr geschwächt worden. Jede verlorene Arbeitsstunde war damals ein schwerer Landesperenz. Wir hatten durch diesen Streik und durch die dadurch bedingte Vernachlässigung des Minenjuchens

einen unverhältnismäßig hohen Verlust an Booten und Menschen,

denn das planmäßige Wachsen der Minen fiel damals ja fort. Man kann den Verlust auf rund 200 Boote beziffern. Durch den Ausfall der kleinen Minenjuchboote mußten Kampfschiffe den Sicherungsdienst übernehmen und fielen infolgedessen aus. Wenn ein Minenfeld nur einmal einen Tag zu spät abgejagt wurde, kamen sofort Verluste.

Ich möchte bemerken, daß allein am 2. Februar elf Schiffe verloren gegangen sind, die damals eine Besatzung von mindestens zwanzig Mann hatten.

Ohne diesen Streik wäre das Telesgramm der Obersten Heeresleitung, in dem sofortige Waffenstillstand als notwendig gefordert wurde, niemals möglich gewesen.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Ueber diese Dinge habe ich mit Ihnen hier nicht zu diskutieren, aber ich möchte Ihnen entgegenhalten, daß in den Ententebüchern auch große Streiks der Arbeiter geherichtet haben. — Zeuge (erregt): Aber bei der Entente sind die Sozialistenführer niemals Minister geworden, und sie sind nicht in die Streikleitung gegangen. — Rechtsanwalt Heine: Die Rede des Herrn Fortner ist nur für die Öffentlichkeit gehalten, und deshalb muß ich ihr entgegenreten. Am 28. Januar brach der Streik der Kiefer Werftarbeiter aus. Am 29. Januar traten die sozialdemokratischen Führer in die Streikleitung ein. Die Sozialdemokratie hat

den Streik nicht vorbereitet, ihre Führer sind vielmehr nur in den Streikkomitee hineingegangen, um die sozialistischen Arbeiter zu schützen, und im Interesse der Landesverteidigung.

In der

Midtagsitzung

wird als erster Zeuge

Oberbürgermeister Scheidemann

vernommen. Er sagt aus: Im Januar 1918, als wir den Reichstag winter hinter uns hatten, war die Rot des Volkes aus höchster Höhe, und so kam die Entschliessung über die lange Dauer des Krieges und darüber, daß nach Ansicht der großen Masse des Volkes Friedensmöglichkeiten von der Reichsregierung sabotiert wurden. Die Streikentscheidung des Reichstages war mit der Gründung der Reichslandspartei beantwortet worden, die neue Kriegsziele aufstellte. Erregung der Arbeiter war auch durch die Art der Friedensverhandlungen von Reichstagsmitgliedern gesteigert worden. Im Januar teilte Abgeordneter Naumann im Hauptauschuß des Reichstages mit, Flugblätter verteilt würden, in denen die Arbeiter zu Streiks aufgefordert wurden. Der Streik brach aus, ohne daß davon etwas gewußt hätte. Auf den dringenden Wunsch um zum Mitstreiten genötigten Parteigenossen traten wir in die Streikleitung ein mit der ausgesprochenen Absicht, den Streik so rasch als möglich zu Ende zu führen.

Vorsitzender: Es war im Bunde des Herrn Koch beabsichtigt, die sozialdemokratische Parteileitung habe versucht, Chemnitz den schon im Vorkrieg begünstigten Streik wieder aufzulassen zu bringen. — Scheidemann: Das ist offenbar eine Verleumdung. Chemnitz galt damals als nationaler aller nationaler Hochburg. — Staatsanwaltschaftsrat Dohmann: Wann ist der Eintritt in die Streikleitung erfolgt und wann kann er frühestens am 29. Januar nachmittags. — Auf eine Frage des Reichsanwalts Heine erklärt der Zeuge Scheidemann, die sozialdemokratische Parteileitung habe die Absicht gehabt, die Generalleitung der Gewerkschaften der Streikleitung zu unterstellen, um diese Welle die Verhandlungen mit der Regierung zu erleichtern und das Ende des Streiks zu beschleunigen. Das sei in der Streikleitung abgelehnt worden. Er (Scheidemann) habe seinen Namen in der Streikleitung niedergelegt, um dafür Gustav Bauer den Vorsitz der Generalkommission der Gewerkschaften einzutreten lassen.

Der Vorsitzende kommt dann auf das

Sandtschreiben des Reichspräsidenten an den damaligen Reichsanwaltschaft

Scheidemann

zu sprechen. Scheidemann nimmt zwar an, daß an ihn damals ein Handschreiben gerichtet wurde, er ging aber zur Zeit der Abfertigung des Schreibens in Urlaub und hat es nicht bekommen. Dann fragte der Vorsitzende auf die Streikforderung zu sprechen. Scheidemann betont, daß die Forderungen der Streikenden den Mehrheitsentscheidungen nicht bekannt waren. Deshalb hätten die Vertreter dieser Partei, nachdem sie beschloßen hätten, in die Streikleitung einzutreten, über diese Forderungen zu verhandeln gehabt. Es wurden wir dann, erklärt Scheidemann, durch die Verbote der Regierung, Scheidemann legte ausführlich dar, daß die Mehrheitsentscheidungen auch deswegen in die Streikleitung gingen, weil die von den Streikenden schon vorher aufgestellten Forderungen sich mit den Anschauungen nur zum Teil deckten, und weil es die Absicht der Mehrheitsentscheidungen war, zu verhindern, daß die Arbeiter unter dem Einfluß dunkler Kräfte gerieten. Dies war noch mehr unter Beweis, so sagt Scheidemann aus, als auch der „Vorwärts“ verurteilt wurde. Der Zeuge befandete weiter, das Chemnitzer sozialdemokratische Organ sei damals von Koste und Scheidemann geleitet worden, die geradezu für „Chemnitzer“ galten.

Auf Antrag des Reichsanwalts Landsberg wird dann der

Zeuge

Bericht der sozialistischen Parteileitung über den Streik

verlesen. Darin wird in Uebereinstimmung mit den Aussagen Eberts und Scheidemanns berichtet, wie die Arbeiterdeputationen den Parteivorstand zum Eintritt in das Streikkomitee aufforderten. Scheidemann da weiter, Er entgegnete, daß der Streik ohne ein Einverständnis der Partei oder der Gewerkschaften entstanden sei und daß ein Beirat und eine Streikleitung bereits bestimmte politische Forderungen aufgestellt hätten. Angehts dieser Tatsache kann man sich nicht wundern, nachträglich eine Verantwortung zu übernehmen. Die Frage, ob wir eine Delegation in die Streikleitung entsenden würden, wenn die Delegiertenversammlung der Streikenden uns darum ersuchen würde, wurde schließlich von uns bejaht. Es kam dann der Bescheid, die Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken und so wie möglich durch Verhandlungen mit der Regierung Beschlüsse abzuschließen zu bringen. Weiter wird in dem Bericht festgehalten, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Parteivorstände zu dem Streik aufgestellte Forderungen weder in sachlicher noch in formaler Hinsicht Stellung nehmen konnten. Die Verhandlungen mit der Regierung kamen nicht zustande, weil Staatssekretär Maltriff nur Abgeordneten, nicht aber die Arbeiter aus dem Streikkomitee empfangen wollte, das Aktionskomitee aber die Arbeiter nicht ausstießen wollte.

Nach drei Stunden ist die Vernehmung des Zeugen Scheidemann beendet. Der frühere Reichsanwalt, der jetzige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bauer wird sodann vernommen. Er war zur Zeit des Januarstreiks Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften und hat damals mit Ebert und dem sozialdemokratischen Parteivorstand bereits über den Streik verhandelt. Er behauptet, bei allen solchen Verprechungen wurde vom Parteivorstand und von Ebert, bevor er einen unabsehbaren Schaden angerichtet hätte, Einverständnis mit der Streikleitung erzielt. Scheidemann behauptet, daß der Abgeordnete Ebert bei wiederholten Besuchen in Chemnitz, die er im dreifachen Anlauf sei, wenn man den Streikenden rote, ihren streikentscheidungen nicht Folge zu leisten. Er habe in Treptow anstand der sozialdemokratischen Parteivorstand werde seinen Einfluß geltend machen, daß die Gestellungsbescheide zurückgenommen werden, sobald der Streik beendet sei.

Am 7 Uhr wird die weitere Vernehmung des Zeugen Bauer

Freitag 9 1/2 Uhr verlag.

Sages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inserentenblatt.)

Freitag, den 12. Dezember.

Landestheater: „Dauk 1. Teil“, 6-11 Uhr.
Kab. Bühne: „Königsberg“, 8-11 Uhr.
Klosterkirche: „Die Kasse“, 8-11 Uhr.
Gei. Theater: „Stimmungswechsel“, 8-11 Uhr.
Eintracht: „Wahnsinn“, 8-11 Uhr.
Geldbörse: „Krausstraße“, 8-11 Uhr.

Holland-Rheinland-Baden-Schweiz-Berkehr

Fahrplankonferenz in Triberg am 10. Dezember.

Mit dem Aufgehen der Regie im besetzten Gebiet steht der Verkehr in der Richtung Nordwest-Südost vor neuen Fragen und Problemen, die einerseits durch das Bedürfnis gegeben sind, wieder ehemals international bedienten und stark benötigten Verkehrslinien ihre alte Stellung allmählich wiederzugeben, wenn die Wirtschaft des deutschen Südwestens nicht weiter verfallen und sterben soll, die zum anderen aber als wesentlicher Faktor die noch nicht überwundene allgemeine Wirtschaftskrise und die Pflicht zur Sparsamkeit bei der Reichsbahn aufweisen. Zur Erörterung der damit zusammenhängenden Fragen war im Vollzug eines im August auf einer ähnlichen Besprechung in Triberg gefassten Beschlusses jenseitig am 10. Dezember eine Fahrplankonferenz nach Triberg anberaumt worden, zu der der Einladung folgende Vertreter von Behörden, Städten und wirtschaftlichen Körperschaften vom Niederrhein bis in die Schweiz in der tatsächlichen Zahl von etwa 70 Personen erschienen waren. Beide Tatsachen, sowohl die Entfernung, aus denen die Interessenten gekommen waren, wie auch die große Zahl, geben einen Anhaltspunkt für die Auffassung, daß die Wichtigkeit dieser Verkehrsfragen in einem weiten Umkreis erkannt worden ist, und daß man in der Stellungnahme, daß eine Abhilfe der unzulänglichen Verkehrsverhältnisse unbedingt erforderlich ist, einig geht. Und darüber hinaus nicht allein die Zahl und Meinung der Anwesenden, auch alle jene Städte und Behörden vom Niederrhein und Mittelrhein, sowie aus der Nordost- und Ostschweiz, die verknüpft waren, haben ihre absolute Übereinstimmung mit dem Streben nach Wiederherstellung des Nordwest-Südost-Verkehrs bekundet und damit eine bedeutende moralische Unterstützung gegeben.

Unter Leitung von Bürgermeister Keil-Triberg wurden, wie wir bereits kurz mitgeteilt haben, auf der Konferenz, in beinahe vierstündiger Dauer die großen Richtlinien durchgesprochen und weitestgehend einmütig beschlossen, deren Ergebnisse sich weiterhin auch darin auswirken werden, daß bisher wenig bekannte Elemente einander näher gebracht wurden und in Fühlung kamen. Für die Reichsbahndirektion Karlsruhe als zuständige Eisenbahnbehörde war Oberregierungsrat Fingado erschienen. Die äußersten Entfernungen aus denen Vertreter anwesend waren, sind mit den Ortsnamen Köln und St. Gallen erwähnt.

Als erster Redner behandelte Dr. Kunze-Müllez-Triberg die Schwarzwaldbahn als Glied des Nordwest-Südostverkehrs in ihrer Bedeutung im internationalen Zugverkehr.

Anschließend an die Entwicklung der Jahre vor dem Krieg wies er den Schwierigkeiten der Kriegsjahre, der Nachkriegsjahre, der Besetzung der Ruhr und Ostpreußens sowie der Regierzeit Worte in dem Sinne, daß sie für den Betrieb und Verkehr außerordentliche Belastungen darstellten. Er betonte, daß die Bestrebungen, der Schwarzwaldbahn allmählich wieder zur alten Geltung zu verhelfen, keineswegs gleichbedeutend mit Konkurrenz der Mühsal gegen den Karar oder Hahnd sind, sondern daß man sich nur gegen die Forderung, daß die vollausgebauten beiden badischen Linien vor Erreichung ihrer alten Stellung und vor ihrer Ausnutzung als Schienenweg zugunsten weniger leistungsfähiger Linien benachteiligt würden. Es sei an sich kein Mensch dagegen, wenn das Karar- und Hahndtal ihrerseits sich bemühen, für ihre Interessen zu wirken und Erfolg zu erzielen sucht. Als Forderung der Regierzeit stellte der Redner in erster Linie auf, daß der Holland-Schweiz-Berkehr wieder wie früher wenigstens zu einem Teil über die Schwarzwaldbahn zu laufen sei. Weiter müßten die immer mehr benötigten beschleunigten Personenzüge und zwar ganzjährig wiederkehren, die Zuggeschwindigkeiten müßten erhöht werden, der Wagenpark sei auf möglichst lange Strecken und zwar für alle drei Wagenklassen vorzuführen. Ein wichtiger Punkt bilde die Beklebung der Bahn für die landschaftlichen Schönheiten deutscher Gebirge, ein Kapitel, auf dem noch viel zu tun sei. Sehr wesentlich sei die Förderung der Frage der Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn, die Modernisierung der Bahnhöfe und anderes mehr.

Stadtamann Dr. Scherer-St. Gallen gab als Vertreter der Nordostschweiz seiner Freude und Befriedigung lebhaften Ausdruck, daß man die Schweiz in so hohem Maße zu dieser Konferenz zugezogen habe. Die Bestrebungen, wie sie heute zutage treten, bedeuten vollkommene mit den Schweizer Wünschen und werden in der Nordostschweiz vollinhaltlich unterstützt. Der Anfang der Besserung sei durch die Einigung auf der Neapler Konferenz gemacht, monach im Hinblick auf die bisherigen Schnell- bzw. Eilzüge 156/159 und 152/153 Forschungen bzw. Zufahrten aus der Schweiz geschaffen werden und zwar mit Wagnerdurchlauf Holland-Chur und St. Gallen, wobei die bisherigen Eilzüge 152/153 in D-Züge umgewandelt werden. Borek sei zwar die Führung nur vom 1. Juli bis 1. September, aber während der Hauptreisezeit, notwendig, aber nach Schweizer Auffassung sei das nicht ausreichend und die ganzjährige Führung sei anzustreben. Die Fahrzeiten seien immer noch wesentlich größer als vor dem Kriege und erreichten teilweise eine Stunde mehr als ehemals. Allmählich sollte man nach Schweizer Meinung auf die früheren vier Durchgangszüge im Holland-Schwarzwaldbaden-Schweiz-Berkehr kommen.

Als zweiter Hauptredner behandelte Herr Romberg-Triberg die internen Verkehrsbedürfnisse des südbadischen Verkehrsnetzes Ofenburg-Konstanz-Basel-Freiburg-Offenburg mit der Parallellinie der Hölentalbahn Freiburg-Donauschingen.

Der Redner betonte, daß die nun wieder zu schaffenden Durchgangszüge dadurch für die internen Verhältnisse des Schwarzwaldes und des angrenzenden Württembergs nutzbar gemacht werden müßten, daß man viel mehr Wert auf die Ausgestaltung der Anschlüsse lege, als dies bisher geschehen sei, wo vielfach Züge in kurzer zeitlicher Divergenz aneinander vorbeifahren. Das gelte nicht allein für die Schwarzwaldbahn und Hauptbahn, sondern auch für die Ober- und Hölentalbahn sowie für die Anschlußlinien nach Wollach-Schlitz, Billingen-Schwemingen-Rottweil u. andere mehr. Es sei durchaus nicht gleichgültig, wenn der Fremde, der den Schwarzwald aufsuchen wolle, bis Ofenburg, Hausach, Billingen usw. gute Schnellzüge habe, dann aber auf inabstufende Anschlüsse stoße. Das würde abschreckend und man dürfe heute getrost sagen, daß die Unzulänglichkeit der Verkehrsverbindungen zum großen Teil die Ursache des gewaltigen Rückganges im Fremdenverkehr des Schwarzwaldes und der Schäden der Industrie seien. Die Dinge hätten sich, daran könne man nicht vorbeigehen, soweit zugeht, daß die Schwarzwalder Holzindustrie, wenn es nicht anders werde, über kurz oder lang den Staat um eine Stützungaktion annehmen müsse. Der Redner erwähnt als Beispiele, wie es nicht sein sollte, die noch immer kreuzförmigen Verkehrsverbindungen bei der Durchfahrt des Kantons Schaffhausen, die Verbindungen nach Schaffhausen überhaupt, die Abzweigungen der Verbindung Konstanz-Hölental-Freiburg, der Nebenlinie der Hauptbahn von Freiburg nach der Schwarzwaldbahn usw. Die Bearbeitung weiterer Fahrpläne sei zu wünschen, daß nicht zuletzt die Einführung guter Schnellverbindungen, sondern die Beklebung dieser mit den engeren Interessen Südbadens durch gute Anschlüsse die Richtlinien bilden sollte, wenn nicht anders durch weitergehende Hinzunahme des badischen Landes, das ohnehin als Grenzland nicht auf Rosen gebettet ist, dem jetzt schon stark nachgehenden aber noch etwas unklaren Gefühl der Nation gegeben werden soll, daß man in Berlin eben für den deutschen Südwesten nur geteiltes Interesse habe.

Beide Redner fanden den einmütigen Beifall der Versammlung, der es dann, nachdem Regierungsrat Dr. Fingado die Konferenz

Hölentalbahn und ihre Stellung einige Worte gesprochen hatte, Regierungsrat Fingado Karlsruhe die Sachlage und die geplanten Verbesserungen für das kommende Jahr übermittelte. Er schloß weiter ausholend die Fahrplankonferenz vom Jahre 1922 ab und wie 1923 durch die Aufhebung, die Verteilung der Reichsbahndirektionen, die Besetzung Offenburgs und den Regierbetrieb die deutschen Linien vom Rhein her lahmgelegt wurden. Der Umwegverkehr nach Holland über Bentheim wurde zuletzt von Holland aus wegen ungenügender Benützung aufgegeben. Der Verkehr zog sich von Holland über Belgien und Frankreich nach der Schweiz, wozu auch die Valais dieser Länder Anlaß gab. Die Zahl der Züge müßte sich nach dem Verkehr richten, erst wenn dieser da sei, könne man zu neuen Zügen schreiten. Der Straßburger Verkehr fehle leider noch fast ganz. Nach der Aufhebung der Regie seien durch Verhandlungen mit Holland alsbald die möglichen Verbesserungen über den Rhein ab 30. November eingeführt worden, und zwar auf der Basis von 1922. Für den kommenden Sommer führt er folgende Verbesserungen als vorgesehen an:

1. Beschleunigung der Schnellzüge 152/153 und 156/159 über den Schwarzwald und Ausstattung mit Durchgangswagen Holland-Chur, das letztere möglichst ganzjährig, dem hier geäußerten Schweizer Wunsch entsprechend.
2. Umwandlung der Eilzüge 152/153 in Schnellzüge und ihre getrennte Führung von den jetzigen Stammzügen 308/309 Basel-Holland bis Mannheim.
3. Führung der beschleunigten Personenzüge 1452/1453 zwischen (Frankfurt-Mannheim)-Offenburg-Konstanz auf möglichst lange Zeitdauer, wenn möglich für das ganze Jahr.
4. Führung der Eilzüge 385/386 Freiburg-Ilm mit Anschluss in Freiburg an Schnellzug D 85, Anschluss in Donaueschingen nach Konstanz (D 152), in Immenhingen nach Stuttgart, Beschleunigung auf der Donaubahn bis Ilm, dort Führung als selbständige Züge zwischen Ilm und München im Eintrag mit den Stuttgarter-Münchener Zügen D 59 und D 4; über diesen letzten Punkt schweben noch Verhandlungen mit München.
5. Berücksichtigung des Wintersportverkehrs durch Führung von Sonderzügen von Köln, Frankfurt und Berlin nach Freiburg-Tiiberg und Triberg, außerdem Wochenendzüge für den Nahverkehr ab Mannheim nach dem nördlichen Schwarzwald, ferner Sonntagswinterportzug Triberg-Offenburg mit Anschluss.
6. Bessere Ausgestaltung des Anschlußverkehrs im südbadischen Verkehrsnetz, wie vorher erwähnt, soweit es die Möglichkeit ergibt, vor allem auf der Strecke Wollach-Hausach, der Bodeneggriedbahn. Auf dieser letzteren können Schnellzüge noch nicht in Aussicht gestellt werden, weil der Zubringerverkehr vom Oberhailf (Waldshut) her erst wieder sich kräftigen muß.

Die Aussprache. Im weiteren Verlauf der Konferenz, bejournierte Bürgermeister Keil-Triberg die Bequemlichkeiten, wie Spielwagen, möglichst wenig Umsteigen, Ausschiffen, sobald die Verwendung schwererer Maschinen nach dem Umbau der Tragwerke der Schwarzwaldbahn erhöhte Zuggewichte erlaubt.

Dr. Fingado von der Handelskammer Köln begrüßte die entschiedenen Bemühungen um die Verbesserungen durchaus. Er hält den Ausbau über den jetzigen Stand für unbedingt nötig, da die zwei Schnellzüge jetzt nicht ausreichen. Den Standpunkt der Reichsbahndirektion Karlsruhe, daß erst der Verkehr, dann die Züge da sein müßten, lehnte er ab, die Sachlage sei umgekehrt. Köln werde alles tun, um die Ziele der heutigen Konferenz zu unterstützen. Reichere Fahrzeit und Befreiung des Bahnwagens sei absolut nötig. Diese Frage sei das Grundübel unseres Verkehrslebens, das Auswärtige Amt müßte schnellstmöglich die nötigen Schritte einleiten.

Bemerkenswert ist, daß Oberregierungsrat Fingado weiter ausführte, daß alle beteiligten Reichsbahndirektionen darüber einig seien, daß in erster Linie der Holland-Südbadisch-Schweiz-Berkehr zu fördern sei, nachdem die Regie verschwunden sei. Den erhöhten Geschwindigkeiten stehen heute noch die Umbauarbeiten im Wege. Eine möglichst baldige Annäherung an die Friedensfahrzeiten werde aber schon angestrebt.

Dr. Rademacher als Vertreter der Stadt Köln sympatisiert vollkommen mit den heutigen Bestrebungen, befürchtet aber eine Ablehnung des Verkehrs über Brüssel und würde die Benützung zweier weiterer Schnellzüge die vorhanden sind, für die Herstellung weiterer Verbindungen nach Baden sehr begrüßen.

Verkehrsdirektor Dufner-Freiburg spricht sich für eine Dezentralisation im Eisenbahnwesen aus und bezeichnet die Konferenz als einen Wendepunkt in der Schwarzwalder Verkehrspolitik. Sie bedeute das Ende des Auspiewers von einer Genese aus die andere. Er tritt für den Ausbau der Hölentalbahn ein, die eine Abkürzung nach Stuttgart bringe. Anfang und Ende im Schwarzwald bei der Verkehr gegen die Verkehrsbedürfnisse aus Berlin müsse man sich zur Wehr setzen. Die Grenzhemmungen müssen endlich fallen. Der Schwarzwald sei nicht mit dem Fremdenverkehr.

Weiter werden dann von den Landräten Wenz-Billingen und Wölzle-Donauschingen Zusagen für die Unterstützung der heutigen Bestrebungen gemacht. Danach wurde folgende

Entscheidung

angenommen. Die heute in Triberg verammelten in- und ausländischen Vertreter von Staatsbehörden, Städten, Gemeinden, wirtschaftlichen und industriellen Körperschaften, Verkehrsverbänden und Verkehrsvereinen an der Beschlüsse Holland-Rheinland-Baden-Schwarzwalder-Verkehr und Ostpreußen-Italien sowie Strassburg-Baden-Ober- und Mittel-Schweiz bezeichnen sich einmütig zu der Auffassung, daß jetzt nach der Befreiung der durch die Kriegsjahre bestehenden Semnantheile beschleunigt und in ausreichendem Maße der vorerwähnten internationalen Verbindung nach langen Jahren wieder die Bedeutung eingeräumt wird, die ihr in Betrieb und Verkehr zukommt. Es soll nicht verkannt werden, daß dieser Wieder-aufbau eines einst auf ausgedehnten Eisenbahnverkehrsnetzes nicht mit einem Schlag, sondern nur allmählich vor sich gehen kann. Auf der anderen Seite muß aber unbedingt, und zwar im fernsten im Nordwest, darauf gedrungen werden, daß dieser Wieder-aufbau der Verbindungen auf und über Schwarzwaldbahn nicht über Gebühr verzögert wird. Die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Südwesten haben, abgesehen von Industrie oder Fremdenverkehr, derartige nicht zuletzt durch unzureichende Verbindungen erklärbare Verluste und Schäden erlitten, daß nur durch eine etwas weitreichendere Verkehrspolitik der Reichsbahn ein langfristiger Ausgleich sich herstellen läßt.

Die Bedeutung des Wieder-aufbaus im Fahrplan der Schwarzwaldbahn und Bodeneggriedbahn bringt nach Auffassung der Konferenz so sehr in die Augen, daß sie keine weiteren Begründungen bedarf. Sie wird reichlich unterrichtet durch die Tatsache, daß Vertreter vom Niederrhein und aus der Schweiz sich zur Teilnahme an der Besprechung entschlossen haben und daß zahlreiche große Städte der germanischen Rheinlinie, sowie der Schweiz, die an der Teilnahme verhindert waren, ihre volle Sympathie mit allen Beiträgen auf Wiederherstellung des alten Verkehrsnetzes zum Ausdruck gebracht und ihre Unterstützung zugesagt haben.

Die Konferenz eracht somit vom Niederrhein bis in die Ostschweiz ein geteiltes Bild in dem Bewußtsein, nach langen Jahren des Zurückbleibens und der Einengung endlich wieder zu kräftiger Lebensbetätigung zu gelangen, und erucht die Reichsbahndirektion Karlsruhe als zutunäusliche Stelle, bei den in Frage kommenden Vereinten, Direktionen und der Regie alles zu tun, um möglichst rasch aus dem jetzt Jahre hindurch dauernden unzulänglichen Zustand, der Verkehrsabwärtigung und damit empfindliche Schäden gebracht hat, auf der erwähnten Linie herauszukommen.

Die Versammlung richtet unter Anerkennung der bisher erreichten Verbesserungen an die Reichsbahndirektion die dringende Bitte, weiterhin in entscheidender Weise für den genannten Weg, der für das oberrhein als Grenzland schwer betroffene Baden von höchster Wichtigkeit ist, sich

einsetzen und ebenso die seither schon getanen Schritte zur Beseitigung des verkehrsfeindlichen Bahnwagens, wobei sie auf die Unterstützung aller Kreise rechnen kann, fortzusetzen. Ferner wurde beschlossen, daß dem Ministerium des Innern eine Entschädigung über die Befreiung des Bahnwagens zugeht, mit deren Ausarbeitung Triberg betraut wird. — Aus den Einzelheiten der Schlussberatung ist der Wunsch nach besserem Anschluß des nordbadischen Industriegebiete an den Schwarzwaldberkehr hervorzuheben, da der Verkehr von Nürnberg nach dem Schwarzwald zugunommen habe. — Mit Dankworten an alle Teilnehmer wurde gegen 6 Uhr die Konferenz dann geschlossen.

Vom Badischen Landtag. Wiedertzusammentritt des Landtags.

Nachdem nun die Reichstagswahlen vorüber sind und andere Vorschläge sich wieder besser parlamentarischen Arbeit widmen können, hat der Präsident des Badischen Landtages Dr. Baumgartner für Donnerstag den 19. und Freitag den 20. Dezember Plenarsitzungen angefragt. Im Laufe des heutigen Vormittags hatten der Haushaltsausschuß, der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung und der Geschäftsauswahlschuß Sitzungen ab, um Beratungsstoff für die Plenarsitzungen fertig zu stellen.

Anträge.

Von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist im Landtag ein Antrag auf Bewilligung von 500 000 Mark für einmalige Zuschuhunterstützung an die Klein-, Sozial- und Kriegsentner eingegangen und ein weiterer Antrag, der den Steuerabzug bei Lohn- und Gehaltsempfängern zum Gegenstand hat.

Von der Zentrumsfraktion liegt ein Antrag über den Weiterbau der Renchtalbahn vor, wonach die Regierung bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin wirken soll, daß der im Jahre 1919 begonnene und vor kurzer Zeit eingestellte Bahnbau Loppau-Griesbach wieder aufgenommen und möglichst bald seiner Vollendung entgegengeführt wird.

Von Abgeordneten des Landbundes liegt ein Antrag vor, wonach im Nachtrag zum Voranschlag 1924/25 300 000 Mark zur Förderung und Verbilligung der Högelerföherung in Baden bereitgestellt werden sollen.

Der Heidelberger Stadtschulratsposten.

Das Unterrichtsministerium legte dem Heidelberger Stadtrat zur Besetzung des Stadtschulratspostens eine Liste mit 5 Namen vor, an deren Spitze der Vorsitzende des Badischen Lehrvereins, Hauptlehrer und Landtagsabg. Hofheinz-Heidelberg, steht. Weiter folgen der Mannheimer Kreislehrer Dr. Müller und Schulinspektor Dr. Laule in Heidelberg. Dem Stadtrat liegt das Vorschlagsrecht für einen der 5 Bewerber ab, ganz unabhängig davon hat aber das Ministerium die endgültige Entscheidung zu treffen. Der Stadtrat beschloß in seiner neigrigen Sitzung mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei, den Kreislehrer Dr. Müller dem Unterrichtsministerium zu präferieren.

Ausdehnung und Erleichterung des Sonntagsverkehrs.

Wie wir erfahren, fand gestern im Gebäude der Reichsbahndirektion Karlsruhe eine Besprechung der Reichsbahndirektion mit Vertretern der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, des Badischen Verkehrsverbandes, der Wandervereine und mit Vertretern der Neben- und Kleinbahnen statt, wobei sehr wichtige, den Sonntagsverkehr betreffende Fragen beraten wurden. Zur Erörterung stand zunächst die Aufhebung der norgelassenen, nicht gangbaren Sonntagsrückfahrkarten, für die Stationen, die in den Monaten Mai, Juni, Juli und August bis J. unter 100 Fahrstatten verlaufen hatten. Nach den in diesen Frachmonaten vorgenommenen Feststellungen wären Sonntagsfahrten an einer Reihe kleinerer Orte in Wegfall gekommen. Bei der Besprechung einigte man sich auf Vorschlag aber dahin, diese Maßnahme im Hinblick auf den schlechten Witterungscharakter im vergangenen Jahre die allgemeine Geldknappheit nicht bei allen Stationen, die weit unter 100 Sonntagsrückfahrkarten geblieben sind, auszuheben. Bei solchen Stationen, bei denen zu erwarten steht, daß sie in normalen Zeiten einen stärkeren Verkehr aufweisen werden, wird die Ausgabe von Sonntagsfahrkarten weiterhin verbleiben. Zur Besprechung stand dann weiter die veruchweise Aufhebung der bisherigen Entfernungsgrenze von 100 Kilometer, um den Sonntaglichen Ausflugsverkehr zu fördern. Durch eine Aufhebung der 100 Kilometer-Grenze würden das Feldberggebiet, der Oberrhein und andere Landesgegenen für weiter entfernte Orte leichter zugänglich werden. Ferner wurde die Führung der Verwaltungsonderzüge auf weite Strecken ohne Freifahrt einer Entfernungsgrenze zum Fahrpreis der Sonntagsfahrkarten in Aussicht gestellt. Bei allen zur Erörterung stehenden Fragen zeigte die Reichsbahndirektion weitgehendes Entgegenkommen. Ähnliche Besprechungen finden am Freitag, den 12. Dezember in der Handelskammer in Freiburg, am 18. Dezember in der Handelskammer Heidelberg und am 23. Dezember in der Handelskammer Konstanz statt.

Erdbeben im Oberland und Hochschwarzwald.

Freiburg i. Br., 11. Dez. Um 5.34 Uhr nachmittags wurde hier ein kurzer Erdstoß verspürt. Man beobachtete ein Klirren der Fenster und Mitlein der Türen. Die gleichen Beobachtungen machte man auch in der näheren Umgebung und soweit bisher festgestellt werden konnte, auch auf dem Hochschwarzwald und zwar in der Richtung Neustadt, Schwemingen nach Stuttgart hin, sowie in Singen a. S. Die Erdbebenwarte Heidelberg bezichnete in der Zeit von 4.35 bis 5.35 Uhr einen kurzen, aber kräftigen Erdstoß.

Biorheim, 11. Dez. (Traglicher Tod.) Der 22jährige Sohn der Familie Vetter in Bröhlingen, der in Leipzig Chemie studierte, ist dort auf tragische Weise ums Leben gekommen. Nach einer Verbindungsreise wollte ihm ein Komilitone den in besserer, befindlichen Revolver zeigen. In diesem Augenblick ging der Schuß los und Vetter sank, in die Schöße getroffen, tot zu Boden. Der unglückliche Schütz mit Namen Jope wird sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben.

Bruchsal, 11. Dez. (Schmücker.) Ein aus dem Weisbüschlichen stammender, noch unbekannter Mann, suchte in der Bruchsaler Gegend eine Reihe von Zimen auf, um diese für eine Adressenanabe beim Anzeiger im Reichsdruckbuch zu gewinnen. Dabei ließ er sich — natürlich ohne Berechtigung — eine Anzahlung für die Kosten der Veröffentlichung geben.

Erkältungen halten Sie sich fern durch den öfteren Gebrauch von

Uindorholblinn

In Apotheken und Drogerien zu haben.

Hersteller: Eduard Palm, Fabrik pharm. Präparate, Freiburg i. B.

6171a

Noisettes
Eisler Chocoladen-Sikör

Sandauer & Macholl
Heilbronn.

Curacao
weiss triple sec.

A 653

